

Beschäftigung von Asylbewerbern, Schutzberechtigten und ausreisepflichtigen Ausländern

Stand: November 2017

Das Faltblatt gibt einen Überblick über Beschäftigungsmöglichkeiten von Asylbewerbern, Schutzberechtigten und ausreisepflichtigen Ausländern. Bei Fragen können sich Betriebe und Ausländer an die zuständige örtliche Ausländerbehörde (Landratsamt, Große Kreisstadt oder Stadtkreis) wenden.

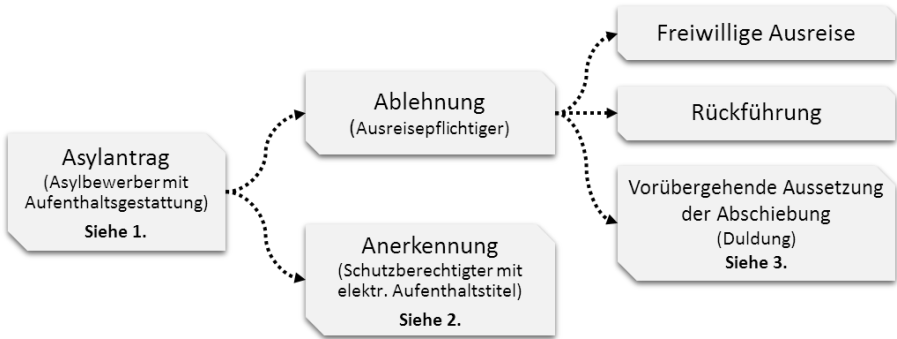


Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION

AUSGANGSPUNKT

Grundsätzlich benötigen Ausländer für die Aufnahme einer Beschäftigung eine Erlaubnis der Ausländerbehörde. Die Voraussetzungen hängen von ihrem Aufenthaltsstatus ab:



1. BESCHÄFTIGUNG VON ASYLBEWERBERN WÄHREND DES ASYLVERFAHRENS

Die Ausländerbehörde kann einem Asylbewerber nach drei Monaten Aufenthalt die **Aufnahme einer Beschäftigung (inkl. Ausbildung)** erlauben, wenn er nicht mehr verpflichtet ist, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Hierfür muss bei der zuständigen Ausländerbehörde ein Antrag gestellt werden. Die Zulassung der Beschäftigung wird in der Aufenthaltsgestattung vermerkt.



Kriterien, die von der Ausländerbehörde bei der Entscheidung über die Beschäftigungserlaubnis berücksichtigt werden, sind z.B. Klärung der Identität, Mitwirkung im Asylverfahren oder begangene Straftaten des Ausländers.



Ausländer aus **sicheren Herkunftsstaaten** (derzeit: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien), die nach dem 31.08.2015 um Asyl nachgesucht haben, **dürfen** während des Asylverfahrens **keiner Beschäftigung nachgehen**. Hierzu zählt auch eine Berufsausbildung.

Kein Bleiberecht durch Beschäftigung

Eine Beschäftigung vermittelt Asylbewerbern über das Asylverfahren hinaus weder ein Bleiberecht noch einen sonstigen gesicherten Aufenthaltsstatus, selbst wenn der Lebensunterhalt durch die Beschäftigung gesichert wird. Auch eine Ausbildungsduldung kann Asylbewerbern während des Asylverfahrens nicht erteilt werden.

2. BESCHÄFTIGUNG NACH ERFOLGREICHEM ABSCHLUSS DES ASYLVERFAHRENS

Wurde der Asylbewerber als **Schutzberechtigter** (Asylberechtigter, Flüchtling, subsidiär Schutzberechtigter) anerkannt, erhält er grundsätzlich von der Ausländerbehörde eine **Aufenthaltserteilung**, die ihn zur Erwerbstätigkeit berechtigt. Dies wird im elektronischen Aufenthaltstitel vermerkt. Bereits begonnene Beschäftigungen und Ausbildungen können fortgesetzt werden.



Die **Rechtssicherheit für Arbeitgeber** ist bei der Beschäftigung von **Schutzberechtigten** deutlich größer als bei Asylbewerbern im Asylverfahren oder vollziehbar Ausreisepflichtigen (Geduldeten).

Darf ein Ausländer wegen der Feststellung eines nationalen **Abschiebungsverbotes** nicht abgeschoben werden, erhält er grundsätzlich ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis. Er muss jedoch einen **Antrag** auf Erlaubnis einer Beschäftigung bei der Ausländerbehörde stellen.

3. BESCHÄFTIGUNG VON VOLLZIEHBAR AUSREISEPFLICHTIGEN AUSLÄNDERN

Mit der Ablehnung seines Asylantrages durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist der Ausländer in der Regel vollziehbar ausreisepflichtig, d.h. er muss Deutschland wieder verlassen. Er sollte freiwillig ausreisen, andernfalls erfolgt eine Abschiebung. Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die **vorübergehend nicht abgeschoben werden können**, erhalten eine sog. **Duldung**. Die Ausreisepflicht bleibt jedoch bestehen. Die Duldung ist kein Aufenthaltstitel.

Hat die Ausländerbehörde die Beschäftigung während des Asylverfahrens erlaubt, bedeutet dies nicht, dass der Ausländer nach der vollziehbaren Ablehnung seines Asylantrages weiter beschäftigt werden darf. Es ist eine neue Entscheidung der Ausländerbehörde über die Erlaubnis der Beschäftigung zu treffen.

Die Ausländerbehörde kann Geduldeten nach drei Monaten Aufenthalt eine Beschäftigung (inkl. Ausbildung) erlauben, wenn keine Versagungsgründe bestehen. Hierfür muss bei der zuständigen Ausländerbehörde ein Antrag gestellt werden. Die Zulassung der Beschäftigung wird in der Duldung vermerkt.



Versagungsgründe gegen eine Beschäftigungserlaubnis von Geduldeten liegen z.B. vor, wenn die Abschiebung aus Gründen, die der Geduldete selbst zu vertreten hat, nicht vollzogen werden kann. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Ausländer ihren **Mitwirkungspflichten zur Vorlage oder Beschaffung eines Reisepasses** nicht nachkommen. Auch Geduldete aus **sicheren Herkunftsstaaten**, die nach dem 31.08.2015 um Asyl nachgesucht haben und deren Asylanträge abgelehnt wurden, **dürfen keiner Beschäftigung nachgehen**.

Kein Bleiberecht durch Beschäftigung

Grundsatz: Eine Beschäftigung vermittelt Geduldeten weder ein Bleiberecht noch einen sonstigen gesicherten Aufenthaltsstatus, selbst wenn der Lebensunterhalt durch die Beschäftigung gesichert wird. Der Ausländer bleibt trotz Duldung vollziehbar ausreisepflichtig und muss abgeschoben werden, wenn er nicht freiwillig ausreist.

Ausnahme: Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer können eine sog. **Ausbildungsduldung** für die Gesamtdauer einer qualifizierten Berufsausbildung und nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss bei anschließender Beschäftigung ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre erhalten (**sog. 3+2 Regelung**). Das bedeutet, dass sie für die Dauer der Ausbildung und der anschließenden Beschäftigung nicht abgeschoben werden dürfen.



Ist das Asylverfahren unanfechtbar negativ abgeschlossen, muss der Ausländer Deutschland wieder verlassen. Reist er nicht freiwillig aus und kann vorübergehend, z.B. aufgrund von familiären Gründen, nicht abgeschoben werden, wird er **geduldet**. Die Ausländerbehörde kann ihm die Aufnahme einer Beschäftigung erlauben. Fallen die Abschiebungshindernisse weg, muss er abgeschoben werden. Nur wenn der Ausländer im Besitz einer **Ausbildungsduldung** ist, darf er für die Dauer der Ausbildung nicht abgeschoben werden.

Hierfür muss der Ausländer eine staatlich anerkannte oder vergleichbar geregelte schulische Berufsausbildung (inkl. der einjährigen Berufsfachschule) oder eine duale Berufsausbildung im Ausbildungsbetrieb von **min. zwei Jahren** begonnen haben oder sie in wenigen Wochen beginnen. Er muss einen Pass vorlegen oder an der Passbeschaffung mitwirken und darf nicht straffällig geworden sein. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen dürfen von der Behörde noch nicht eingeleitet worden sein und der Ausländer darf sich nicht in einem sog. Dublin-Verfahren befinden.

Wird das Ausbildungsverhältnis vorzeitig beendet oder abgebrochen, kann der Ausländer einmalig eine Duldung für sechs Monate erhalten, um eine neue Ausbildungsstelle zu suchen.

PFLICHTEN DES AUSBILDUNGSBETRIEBES BEI DER AUSBILDUNGSDULDUNG

Wird die Ausbildung nicht mehr betrieben oder abgebrochen, erlischt die Ausbildungsduldung. Der Betrieb ist verpflichtet, dies unverzüglich der zuständigen Ausländerbehörde schriftlich mitzuteilen. Unterbleibt diese Mitteilung liegt eine Ordnungswidrigkeit vor und es muss unter Umständen eine Geldbuße von bis zu dreißigtausend Euro bezahlt werden.



Der Ausbildungsbetrieb muss den Abbruch oder das Nichtbetreiben der Ausbildung der zuständigen Ausländerbehörde mitteilen.